

V-09 Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für eine faire Finanzpolitik, die die Großen nicht laufen lässt

Antragsteller\*in: Lilli Hampeter (KV Düsseldorf)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes  
Status: Zurückgezogen

## Antragstext

1 Wenn Schuldächer bröckeln und Brücken zerbröseln, wenn es auf dem Land keine  
2 Ärzte und in der Stadt nicht genügend Kita-Plätze gibt, und gleichzeitig die  
3 Schere zwischen Arm und Reich auseinander geht, dann gerät der gesellschaftliche  
4 Zusammenhalt aus den Fugen. Wo nicht ausreichend investiert und das Land kaputt  
5 gespart wird, da gedeiht der Rechtspopulismus.

6 Spardiktat in Krisenzeiten gefährdet Demokratie, Wirtschaft und Umwelt

7 Mit ihrem Spardiktat in Zeiten klammer Haushalte und magerer Binnennachfrage  
8 gefährden Kanzler Scholz und vor allem Finanzminister Lindner nicht nur die  
9 wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, Arbeitsplätze und den gesellschaftlichen  
10 Zusammenhalt, sondern auch Klima- und Umweltschutz. Denn ohne die notwendigen  
11 Investitionen in klimaneutrale Infrastruktur und Wirtschaft und eine soziale  
12 Abfederung, insbesondere durch die Einführung eines Klimagelds, ist die  
13 Transformation in Gefahr.

14 Das Spardiktat führt auch dazu, dass die militärische und zivile Unterstützung  
15 der Ukraine gegen ein imperiales Russland, das Freiheit und Demokratie in ganz  
16 Europa im Fadenkreuz hat, ausgespielt wird gegen Investitionen in die sozial-  
17 gerechte Transformation. Dabei muss klar sein: Freiheit, Demokratie und  
18 Wohlstand für alle ist langfristig nur möglich in Frieden, Klimaneutralität und  
19 sozialer Gerechtigkeit.

20 Nicht nach unten treten, sondern Superreiche besteuern

21 Doch statt über eine gerechte Finanzierung der gesellschaftlichen und  
22 wirtschaftlichen Zukunft zu sprechen, folgt täglich ein neuer Angriff auf  
23 diejenigen, die sowieso schon zu wenig haben. Beim perfiden politischen Spiel  
24 des Nach-unten-Tretens gegen Bürgergeldbeziehende, Geflüchtete, Studierende und  
25 Alleinerziehende sollten wir GRÜNEN nicht mitmachen. Es ist ungerecht, wenn  
26 Multi-Millionäre nur die Hälfte der Steuern einer Facharbeiterin zahlen und wenn  
27 den reichsten 1 % ein Drittel des gesamten Privatvermögens in Deutschland  
28 gehört. Wir GRÜNE müssen die Superreichen in die Verantwortung nehmen, endlich  
29 ihren fairen Beitrag zu leisten.

30 Als Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern wir deshalb zur Sicherung der demokratischen  
31 Gesellschaft und der sozial-ökologischen Transformation:

- 32 • Einführung eines deutlich entlastenden Klimagelds noch in dieser  
33 Legislaturperiode

34 Nach österreichischem Vorbild sollte deshalb zunächst eine einfache Pro-Kopf-  
35 Pauschale im dreistelligen Bereich ausgezahlt werden. In den Folgejahren kann  
36 dann eine regionale und soziale Staffelung vorgenommen werden.

- 37 • Reform der Schuldenbremse, die die dringend notwendigen  
38 Zukunftsinvestitionen ermöglicht

39 Dies beinhaltet die Wiedereinführung der sogenannten "Goldenen Regel". Diese  
40 ermöglicht die Aufnahme von staatlichen Krediten in dem Umfang, wie vom Staat  
41 Investitionen getätigt werden. Darüber hinaus ist die Anpassung der  
42 Konjunkturkomponente insoweit erforderlich, dass in Krisenzeiten ein  
43 weitreichenderer Spielraum ermöglicht wird. Damit ermöglichen wir antizyklische  
44 Konjunkturpolitik nach keynesianischem Vorbild.

- 45 • Wiedereinführung der Vermögensteuer

46 Seit der Aussetzung der Vermögensteuer im Jahr 1997 entgehen dem Staat jährlich  
47 über 70 Milliarden Euro. Länder wie die Schweiz machen vor, wie eine gerechte  
48 und bürokratiearme Besteuerung großer privater Vermögen zum Wohle der  
49 Gesellschaft funktionieren kann. Deswegen fordern wir die Wiedereinführung der  
50 Steuer auf Privatvermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person mit einem  
51 jährlichen Steuersatz von mindestens 1 Prozent. International unterstützen wir  
52 den von Brasilien eingebrachten Vorschlag einer globalen Mindeststeuer für  
53 Milliardäre und Zentimillionäre.

- 54 • Bevorzugung von Superreichen bei der Erbschaftsteuer beenden

55 Privilegien für Superreiche bei der Erbschaftssteuer sind mit über fünf  
56 Milliarden Euro pro Jahr die größte Steuersubvention im Bundeshaushalt. Heute  
57 werden große Erbschaften oft geringer besteuert als kleine. Das ändern wir GRÜNE  
58 durch die Abschaffung der Verschonungsregelungen und der 10-Jahres-Frist. Für  
59 mehr Steuergerechtigkeit müssen zudem eine einheitliche Stundungsregelung und  
60 ein erwerbsbezogener Lebensfreibetrag eingeführt sowie der effektive Steuersatz  
61 erhöht werden.

- 62 • Gewinne aus Kapitalvermögen wie Löhne besteuern

63 Derzeit werden Einkünfte aus Kapitalvermögen, im Gegensatz zu allen anderen  
64 Einkunftsarten, pauschal mit einem Steuersatz von 25 Prozent besteuert. Auch für  
65 Einkünfte aus Kapitalvermögen sollte der progressive Tarif der Einkommensteuer  
66 gelten.

- 67 • Effektive Bekämpfung von Steuerhinterziehung, sowie die Verhinderung von  
68 Steuerumgehung

69 Derzeit kämpfen die Strafverfolgungsbehörden im Bereich der Steuerkriminalität  
70 noch als David gegen Goliath. Deshalb verliert Deutschland schätzungsweise 100  
71 Milliarden Euro pro Jahr. Damit die Strafverfolgungsbehörden endlich effektiv  
72 Steuerkriminalität entdecken und verfolgen können, müssen sie dringend besser  
73 ausgestattet werden, finanziell und administrativ. Außerdem ist es notwendig,  
74 die Kompetenzen bei einer bundesweiten Ermittlungsbehörde zu bündeln. Dazu  
75 sollte das Bundesamt für Finanzkriminalität auch für Steuerkriminalität  
76 zuständig sein. Die Milliarden Gewinne wie aus dem CumCum-Betrug holen wir

77 konsequent von den Banken zurück, Umsatzsteuerbetrug durch manipulierte Kassen  
78 und grenzüberschreitende Karusselgeschäften lassen wir nicht mehr zu. Bei der  
79 Bestrafung von Steuerkriminalität lassen wir die Großen nicht laufen. Dass  
80 Strafen für Steuerbetrug häufig ausbleiben oder geringer sind als beim Fahren  
81 ohne Fahrschein, ist ein unhaltbarer Zustand.

82 Daneben gibt es in Deutschland viele legale Modelle, um die Besteuerung zu  
83 umgehen. Diese stehen zumeist nur privilegierten Gruppen offen und sind daher  
84 ungerecht. Wir wollen derartige Umgehungsmodelle durch gezielte  
85 Gesetzesänderungen verhindern.

86 • Abbau aller klima- und umweltschädlichen Subventionen

87 Deutschland hat sich bereits 2009 auf internationaler Ebene verpflichtet, bis  
88 2025 alle für die Senkung der Treibhausgasemissionen ineffizienten Subventionen  
89 auf fossile Energieträger abzubauen. Klimaschädliche Subventionen und weitere  
90 staatliche Begünstigungen in den Sektoren Energie, Verkehr, Industrie und  
91 Landwirtschaft entsprachen mit Blick auf die Haushaltsmittel im Jahr 2020  
92 insgesamt einem Volumen von rund 35,8 Mrd. Euro. Der größte Anteil der  
93 staatlichen Begünstigungen mit klimaschädlicher Wirkung entstand 2020 mit 24,8  
94 Mrd. Euro im Verkehr. Eine besonders große Treibhausgaswirkung geht von den  
95 Besteuerungstatbeständen aus. In vielen Fällen profitieren in erster Linie hohe  
96 Einkommen von staatlicher Unterstützung durch klima- und umweltschädliche  
97 Subventionen und weiteren staatliche Begünstigungen. Der zügige Abbau dieser  
98 Maßnahmen hilft nicht nur Umwelt und Klima, sondern trägt auch zu mehr sozialer  
99 Gerechtigkeit bei.

## Begründung

Erfolgt mündlich

## weitere Antragsteller\*innen

Maximilian Fries (KV Düsseldorf); Paul Rainer Pansky (KV Düsseldorf); Günther Bunte-Esders (KV Düsseldorf); Lukas Mielczarek (KV Düsseldorf); Diana Hein (KV Düsseldorf); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Michael Bloss (KV Stuttgart); Lukas Sokolowski (KV Düsseldorf); Lukas Schirmer (KV Düsseldorf); Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); Martha Schuldzinski (KV Düsseldorf); Franziska Drozdynski (KV Düsseldorf); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Lennart Brandt (KV Düsseldorf); Klaus Mewes (KV Düsseldorf); Jens Frantzen (KV Düsseldorf); Anja Dürselen (KV Düsseldorf); Pia Hölz (KV Düsseldorf); Michael Kleinhans (KV Düsseldorf); sowie 199 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.